



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BERICHT ZUM 4. QUARTAL 2024

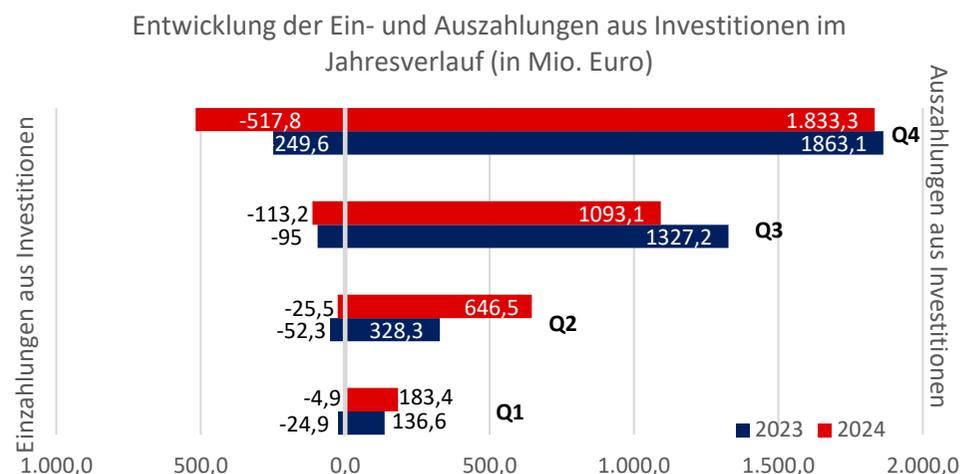


Hamburg

Kurzüberblick

Die Entwicklung der Gesamtergebnisrechnung ist zum Ende des vierten Quartals 2024 positiv, aber deutlich verhaltener als im Vorjahr. Das vierte Quartal schließt mit einem Überschuss im Jahresergebnis in Höhe von 848,8 Mio. Euro ab und damit um 1.659,2 Mio. Euro geringer als im Vorjahreszeitraum (Überschuss von 2.508,1 Mio. Euro). Den Erträgen in Höhe von 21.222,2 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 20.373,4 Mio. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Erträge um 0,5 % und die Aufwendungen um 9,5 % gestiegen. Die Gesamtfinanzrechnung weist mit -923,7 Mio. Euro einen negativen Saldo aus (Vorjahr -1.667,8 Mio. Euro).

- ▶ Die **Steuererträge** entwickeln sich im Vergleich zu den aus der Herbst-Steuerschätzung 2024 abgeleiteten Steuererträgen erwartungsgemäß. Ausstehende Buchungen zur Zerlegung der Lohn-, Körperschaft- und Abgeltungsteuer von rund 514,0 Mio. Euro werden in der 13. Buchungsperiode erfolgen. Im Vorjahresvergleich fallen die Steuererträge um 786,4 Mio. Euro niedriger aus. Aus der bisherigen Entwicklung lassen sich aufgrund der ausstehenden Forderungs- und Rückstellungsbuchungen im Zuge des Jahresabschlusses noch keine verlässlichen Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis ziehen.
- ▶ Die **Personalaufwendungen** liegen deutlich über Vorjahresniveau. Dies ist auf den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder und das damit verbundene Hamburgische Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025 zurückzuführen. Wegen der noch nicht erfolgten Pensionsrückstellungsbuchungen aufgrund des ausstehenden neuen versicherungsmathematischen Gutachtens liegen die Aufwendungen zum jetzigen Zeitpunkt noch unter dem Soll.
- ▶ Die **Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen leicht über dem Niveau des Vorjahres.
- ▶ Beim **Aufwand aus Transferleistungen** ist ein Anstieg (rd. 592,3 Mio. Euro) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein starker Zuwachs in den Aufgabenbereichen Jugend und Familie sowie Soziales der Sozialbehörde (Epl. 4, +362,6 Mio. Euro). Die Transferaufwendungen liegen mit einem Realisierungsgrad von 93 % jedoch unter dem Sollwert.
- ▶ Aufgrund der Prognose aus der Herbst-Steuerschätzung 2024 ergibt sich zum vierten Quartal 2024 eine **Entnahme aus der Konjunkturposition** in Höhe von 328,8 Mio. Euro. Geplant wurde für das Jahr 2024 eine Entnahme in Höhe von 378,5 Mio. Euro.
- ▶ Die **Investitionstätigkeit** liegt zum Ende des vierten Quartals auf dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum fortgeschriebenen Plan liegt der Realisierungsgrad bei 85,5 %, im Vergleich zum Soll jedoch lediglich bei 41,0 %.
- ▶ Zum Ende des vierten Quartals 2024 weist die **Finanzrechnung** einen negativen Saldo von 923,7 Mio. Euro auf. Es wurden Einzahlungen aus der Aufnahme von Deckungskrediten in Höhe von 1.442,8 Mio. Euro erzielt und Deckungskredite in Höhe von 2.099,7 Mio. Euro getilgt.



Gesamthaushalt

Gesamtergebnisrechnung

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
1. Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.637,5	16.899,6	16.289,5	16.335,3	103
a) Steuererträge	16.469,7	15.683,3	15.087,3	15.087,3	104
davon aus Gemeinschaftsteuern	9.665,4	9.164,8	8.425,1	8.425,1	109
davon aus Landessteuern	1.003,5	899,8	1.023,0	1.023,0	88
davon aus Gemeindesteuern	5.800,9	5.618,7	5.639,2	5.639,2	100
b) Spielbankabgabe, Troncabgabe und Erträge aus steuerlichen Nebenleistungen	82,0	46,4	42,3	42,3	110
c) Erträge aus Gebühren, Beiträgen, Sonderabgaben und Aufwendungsersatz	771,3	852,2	769,6	814,5	105
d) Erträge aus Geldbußen, Zwangsgeldern, Geldstrafen	115,0	112,0	151,8	147,3	76
e) Erträge aus privatrechtlichen Entgelten	199,4	205,7	238,6	243,9	84
2. Erträge aus Transferleistungen	2.217,9	2.369,7	2.177,6	2.535,6	93
davon für Soziales	1.449,9	1.546,4	1.463,4	1.637,8	94
3. Erträge aus dem Länderfinanzausgleich			0,0	0,0	-/-
4. Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	0,3	0,1		0,0	23.712
5. Sonstige Erträge	556,6	1.584,5	573,5	1.413,0	112
a) Erträge aus Anlagenabgängen	26,2	133,5	131,4	131,4	102
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4,3	68,2	0,1	10,1	678
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	122,7	151,8	111,1	129,2	118
d) Übrige sonstige Erträge	403,5	1.231,0	331,0	1.142,4	108

Gesamthaushalt

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
7. Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.416,0	2.766,9	2.746,0	3.283,7	84
a) Aufwendungen aus Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundvermögen und Bauten für eigene Zwecke	819,4	934,0	868,1	956,9	98
b) Aufwendungen aus der Bewirtschaftung und Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	337,6	392,1	342,7	482,2	81
c) Aufwendungen aus Verwaltungsbedarf	498,6	604,1	688,3	838,4	72
d) Aufwendungen aus Rechtshilfe und anderen bezogenen Leistungen	735,1	811,9	823,0	951,2	85
e) Aufwendungen aus Lehr- und Lernmitteln	25,3	24,8	23,9	55,0	45
8. Personalaufwendungen	6.395,5	7.082,5	6.973,4	7.672,6	92
a) Aufwendungen aus Entgelten	1.046,8	1.145,2	1.114,7	1.174,1	98
b) Aufwendungen aus Bezügen	2.161,0	2.403,4	2.302,1	2.338,8	103
c) Sonstige Aufwendungen mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0,9	1,0	0,9	1,2	87
d) Aufwendungen aus Sozialleistungen	340,4	371,1	381,4	424,7	87
e) Aufwendungen aus Versorgungsleistungen	2.846,4	3.161,7	3.174,3	3.733,8	85
9. Aufwendungen aus Transferleistungen	8.416,8	9.009,1	8.648,4	9.711,6	93
a) an den privaten Bereich	4.602,4	4.927,4	4.851,0	5.233,2	94
b) an verbundene Organisationen und Beteiligungen	2.899,5	3.062,0	2.866,0	3.421,3	89
c) an den öffentlichen Bereich	915,0	1.019,8	931,4	1.057,1	96
10. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich					-/-
11. Aufwendungen aus Abschreibungen	672,1	750,9	750,4	809,8	93
davon Gebäude	63,3	64,5	61,6	61,8	104
davon Infrastrukturvermögen	135,0	204,9	183,2	183,0	112
12. Sonstige Aufwendungen	289,4	425,9	503,3	746,0	57
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	2.222,4	818,7	-580,7	-1.939,7	-/-

Gesamthaushalt

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
15. Erträge aus Beteiligungen	372,1	43,7	207,9	172,9	25
<i>davon aus Sondervermögen für Alterssicherung</i>	101,7		35,1	0,0	-/-
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>	70,4	43,7	172,9	172,9	25
16. Erträge aus Gewinnabführung		85,3		35,1	243
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>		85,3		35,1	243
17. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,0			-/-
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>					-/-
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	332,1	239,3	189,6	220,2	109
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>	70,0	62,6	86,5	87,0	72
19. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens			366,0	366,0	0
<i>davon auf verbundene Organisationen</i>			366,0	366,0	0
20. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens			26,9	77,3	0
<i>davon auf verbundene Organisationen</i>			26,9	77,3	0
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	418,6	338,2	475,5	505,7	67
<i>davon an verbundene Organisationen</i>	60,2	48,5	0,3	55,4	88
22. Aufwendungen aus Ergebnisausgleichsverpflichtungen					-/-
23. Finanzergebnis	285,6	30,2	261,2	211,2	14
24. Jahresergebnis (14 + 23)	2.508,1	848,8	-319,5	-1.728,5	-/-
25. Globale Mehrkosten			564,6	627,1	0
26. Globale Minderkosten			-505,6	-502,1	0
27. Jahresergebnis einschließlich der globalen Mehr- / Minderkosten (24 - 25 - 26)	2.508,1	848,8	-378,5	-1.853,5	-/-

Gesamthaushalt

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
27. Jahresergebnis einschließlich der globalen Mehr- / Minderkosten (24 - 25 - 26)	2.508,1	848,8	-378,5	-1.853,5	-/-
28. Auflösung von bilanziellen Ermächtigungsvorträgen aus Vorjahren				2.223,1	0
29. Bildung von bilanziellen Ermächtigungsvorträgen zum Jahresende					-/-
30. Auflösung von bilanziellen Ermächtigungsvorbelastungen aus Vorjahren				27,1	0
31. Bildung von bilanziellen Ermächtigungsvorbelastungen zum Jahresende					-/-
32. Jahresergebnis nach Ermächtigungsvorträgen bzw. nach Ermächtigungsvorbelastungen (27 + 28 - 29 - 30 + 31)	2.508,1	848,8	-378,5	342,5	248
33. Zuführung zur Konjunkturposition	-2.400,6				-/-
34. Entnahme aus der Konjunkturposition		328,8	378,5	378,5	87
35. Bildung von Vorbelastungen aufgrund einer außergewöhnlichen Notsituation					-/-
36. Auflösung von Vorbelastungen aufgrund einer außergewöhnlichen Notsituation					-/-
37. Eigenkapitalerhöhungen aus Korrekturen von Bilanzierungs- und Bewertungsansätzen, die für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 getroffen worden sind				787,5	0
38. Eigenkapitalverringerungen aus Korrekturen von Bilanzierungs- und Bewertungsansätzen, die für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 getroffen worden sind				70,6	0
39. Bereinigtes Jahresergebnis (32 - 33 + 34 + 35 - 36 - 37 + 38)	4.908,6	1.177,6	0,0	4,0	29.141
40. Einstellungen in den Ergebnisvortrag	-2.400,6	-328,8			-/-
41. Ausgleich des Ergebnisvortrags					-/-
42. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage					-/-
43. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage					-/-
44. Bilanzergebnis (39 + 40 - 41 - 42 + 43)	2.508,1	848,8	0,0	4,0	21.005

Gesamthaushalt

Doppische Gesamtf finanzrechnung

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	20.108,2	19.942,8	19.392,4	19.836,6	101
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	17.188,7	18.748,5	17.711,0	19.733,8	95
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	2.919,6	1.194,2	1.681,4	102,8	1.162
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	233,9	270,5	315,7	326,1	83
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	8,8	4,4	1,0	2,0	217
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,4	242,1	241,9	242,9	100
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	4,0	0,8	18,9	18,0	5
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	570,0	710,5	873,5	1.882,9	38
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	144,5	46,3	28,4	81,6	57
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	272,9	300,7	520,3	1.544,9	19
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	75,1	85,0	127,0	235,9	36
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	750,7	618,3	561,5	676,5	91
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	50,1	72,5	39,2	57,1	127
14. Globale Minderauszahlungen			-4,8	-4,8	0
15. Saldo aus Investitionen	-1.616,4	-1.315,5	-1.567,7	-3.885,0	34
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	43,6	8,2	11,2	11,2	73
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	46,1	444,6	447,3	447,8	99
18. Saldo gegebene Darlehen	-2,5	-436,4	-436,1	-436,6	100

Gesamthaushalt

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Deckungskrediten	289,7	1.442,8	2.419,9	2.419,9	60
20. Auszahlungen für die Tilgung von Deckungskrediten	2.739,1	2.099,7	2.097,5	2.097,5	100
21. Einzahlungen aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen und Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten	10.499,1	9.372,2			-/-
22. Auszahlungen aus Gewährung von Liquiditätshilfen und Tilgung von Kassenverstärkungskrediten	11.040,6	9.017,8			-/-
23. Übrige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	368,8	187,0			-/-
24. Übrige Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	361,4	244,8			-/-
25. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2.983,6	-360,3	322,4	322,4	-/-
26. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten	35.446,9	32.788,8			-/-
27. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten	35.431,8	32.794,5			-/-
28. Saldo aus durchlaufenden Posten	15,1	-5,7			-/-
29. Änderung des Bestandes an liquiden Mitteln (3 + 15 + 18 + 25 + 28)	-1.667,8	-923,7	0,0	-3.896,4	24
30. Saldo Finanzrechnung (3 + 15 + 18 + 25 + 28 - 29)	0,0	0,0	0,0	0,0	-/-

Gesamthaushalt

Wichtige Einflussfaktoren für den Gesamthaushalt

Gesamtergebnisrechnung

Die **Steuererträge [1a]** sind im Vergleich zum Vorjahr um 786,4 Mio. Euro niedriger ausgefallen, liegen jedoch mit 104 % Realisierungsgrad oberhalb des erwarteten Solls. Die Zerlegungsbuchung der Lohn-, Körperschaft- und Abgeltungsteuer erfolgt regelhaft erst im Folgequartal, hier ist eine Reduktion der Erträge um 514,0 Mio. Euro zu erwarten. Durch die Abrechnung des Länderfinanzausgleichs sowie Forderungs- und Rückstellungsbuchungen im Zuge des Jahresabschlusses wird es zu weiteren Veränderungen der Steuererträge kommen (siehe Bericht „Entwicklung der Hamburger Steuererträge“). Der Rückgang bei den Landessteuern gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf gesunkene Erträge aus der Erbschaftsteuer zurückzuführen. Die Position **Spielbankabgabe, Troncabgabe und Erlöse aus steuerlichen Nebenleistungen [1b]** umfasst unter anderem die im Besteuerungsverfahren entstandenen bzw. festgesetzten Säumnis- und Verspätungszuschläge sowie Zwangsgelder. Die diesbezüglichen Erträge hängen stark vom Verhalten der Steuerpflichtigen ab und können im Voraus nicht zuverlässig geplant werden. Die im Vergleich zum Vorjahr unterproportionalen Erträge resultieren aus unterplanmäßigen Erlösen aus Säumniszuschlägen und der Spielbankabgabe. Die **Erträge aus Gebühren, Beiträgen, Sonderabgaben und Aufwendungsersatz [1c]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 105 % über dem erwarteten Soll. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Aufgabenbereich Feuerwehr des Einzelplan 8.1 zurückzuführen. Die **Erträge aus Geldbußen, Zwangsgeldern, Geldstrafen [1d]** liegen mit einem Realisierungsgrad von lediglich 76 % deutlich unter dem erwarteten Soll. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Aufgabenbereich Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1, 25 % Realisierungsgrad). Die **Erträge aus privatrechtlichen Entgelten [1e]** liegen leicht über dem Niveau des Vorjahres, jedoch mit einem Realisierungsgrad von 84 % unter dem erwarteten Soll. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Aufgabenbereich Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1, 79 %).

Aufgrund der Neuordnung der Bund Länder Finanzbeziehungen werden seit dem Haushaltsjahr 2020 die **Erträge und Aufwendungen aus dem Länderfinanzausgleich [3, 10]** in der Ergebnisrechnung nicht mehr separat, sondern als Zu- oder Abschläge von der Umsatzsteuer verbucht und ausgewiesen.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei den **Erträgen aus aktivierten Eigenleistungen [4]** ist auf den Einzelplan 1.5 zurückzuführen. Die überproportionale Sollausschöpfung geht insbesondere auf die Einzelpläne 3.2 und 8.1 zurück.

Die **sonstigen Erträge [5]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 112 % deutlich über dem erwarteten Soll. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie um 185 % (+1.027,9 Mio. Euro) gestiegen. Die **Erträge aus Anlagenabgängen [5a]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 102 % leicht über dem erwarteten Soll. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Verkauf von Anteilen der SAGA an die HGV im Aufgabenbereich Wohnen des Einzelplan 6.1 zurückzuführen. Die überproportionale Sollausschöpfung der **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen [5b]** sowie der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultieren insbesondere aus den Auflösungen von Rückstellungen im Bereich Regionale und überregionale Verkehrsangelegenheiten des Aufgabenbereiches Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1). Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten [5c]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 118 % deutlich über dem erwarteten Soll und dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist dies auf einen Anstieg in Höhe von 23,0 Mio. Euro in den Bereichen Regionale und überregionale Verkehrsangelegenheiten sowie Straßen und Brücken des Aufgabenbereiches Verkehr und Mobilitätswende des Einzelplan 7.1. Die **Übrigen sonstigen Erträge [5d]** liegen sehr deutlich über dem Vorjahresniveau. Dies ist ebenfalls primär auf den Aufgabenbereich Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1, +814,5 Mio. Euro) zurückzuführen. In Zusammenhang mit der Auflösung der Pauschalanlagen für das Straßenvermögen und der Bilanzierung als Einzelanlagen wurden insgesamt erhöhte Vermögenswerte festgestellt. In Höhe von 785,8 Mio. Euro werden diese Erträge nach Artikel 40 § 5 Abs. 5 SNHG vom Haushaltsausgleich ausgenommen und verbessern das bereinigte Jahresergebnis nicht.

Die **Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit [7]** liegen mit einem Ausschöpfungsgrad von 84 % unter dem Sollwert, gegenüber dem Vorjahr sind sie jedoch um 14,5 % (350,9 Mio. Euro) gestiegen. Die **Aufwendungen aus Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundvermögen und Bauten für eigene Zwecke [7a]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 98 % leicht unter dem Soll. Ursächlich für den Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+114,6 Mio. Euro) sind insbesondere die Einzelpläne 3.1 (Bereich staatliche allgemeinbildende Schulen) und 7.0 (Bereich Wirtschaft). Die geringe Sollausschöpfung der **Aufwendungen aus der Bewirtschaftung und Unterhaltung des**

Gesamthaushalt

Infrastrukturvermögens [7b] ist insbesondere auf die Einzelpläne 6.2, 7.1 sowie die der Bezirksämter zurückzuführen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr geht ebenfalls auf die Einzelpläne der Bezirksämter und den Einzelplan 7.1 zurück. Der geringe Ausschöpfungsgrad bei den **Aufwendungen aus Verwaltungsbedarf [7c]** resultiert vor allem aus zentral veranschlagten IT-Mitteln im Epl. 9.2 und negativen Kosten aus einer Festwertanpassung im Einzelplan 7.1. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf diverse Einzelpläne, insbesondere die Einzelpläne 1.1, 3.2, 6.1 und 8.1 zurückzuführen. Bei den **Aufwendungen aus Rechtshilfe und anderen bezogenen Leistungen [7d]** kam es in den Einzelplänen 2, 3.1 und 8.1 zu einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die Einzelpläne 6.1, 7.1 sowie 8.1 blieben deutlich unterhalb des erwarteten Sollwertes. Die **Aufwendungen aus Lehr- und Lernmitteln [7e]** liegen mit 45 % Ausschöpfungsgrad deutlich unter dem Soll. Vor allem in den Bereichen Staatliche Schulen (46 % Ausschöpfungsgrad) und Bildungsbezogene Dienstleistungen (38 %) des Einzelplan 3.1 ist eine geringe Ausschöpfung zu verzeichnen. Diese sowie der Bereich Steuerung und Service des Einzelplan 3.1 sind auch ursächlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Die **Personalaufwendungen [8]** sind gegenüber dem Vorjahr um 11 % (+687,0 Mio. Euro) gestiegen, liegen mit einem Realisierungsgrad von 92 % jedoch unter dem erwarteten Soll. Die **Aufwendungen aus Bezügen [8b]** liegen leicht über dem Soll und 11 % (242,4 Mio. Euro) über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür sind insbesondere die erhöhten Aufwendungen aufgrund des Hamburgischen Gesetzes zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025. Die **Aufwendungen aus Sozialleistungen [8d]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 87 % unter dem Soll. Dies ist insbesondere auf Ermächtigungen im Einzelplan 9.2 zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die **Aufwendungen aus Versorgungsleistungen [8e]** um 315,3 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich ist der Mehrbedarf aufgrund des Tarifabschlusses und der Übertragung auf verbeamtetes Personal, insbesondere für Versorgungsrückstellungen. Zur Deckung dieser Mehrbedarfe, und der aufgrund des ausstehenden versicherungsmathematischen Gutachtens erwarteten zusätzlichen Aufwendungen für die Zuführung zu den Versorgungsrückstellungen, erfolgten entsprechende Ermächtigungsüberträge aus dem Vorjahr. Dieses begründet den vorläufigen Realisierungsgrad von 85 %.

Die unterproportionale Sollausschöpfung der **Aufwendungen aus Transferleistungen an verbundene Organisationen und Beteiligungen [9b]** geht insbesondere auf die Einzelpläne 4, 6.1 und 7.1 zurück. Die **Aufwendungen aus Transferleistungen an den öffentlichen Bereich [9c]** sind im Vergleich zum Vorjahr vor allem im Bereich Soziales des Einzelplan 4 deutlich gestiegen.

Bei den **Aufwendungen aus Abschreibungen [11]** kam es insbesondere bei den Abschreibungen für das Infrastrukturvermögen bei den Bezirksämtern zu einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Grund hierfür ist die im Zuge der Auflösung der bisher bei der BVM zentral geführten Pauschalanlagen erstmalige Bilanzierung der Bezirksstraßen bei den Bezirksämtern.

Die **Sonstigen Aufwendungen [12]** sind im Vergleich zum Vorjahr um 47 % gestiegen, insbesondere aufgrund gestiegener Aufwendungen in den Bereichen Naturschutz und Grünplanung des Epl. 6.2 sowie Verkehr und Mobilitätswende des Epl. 7.1. Der geringe Ausschöpfungsgrad von 57 % ist überwiegend auf die zentralen Ansätze des Einzelplans 9.2 zurückzuführen.

Bei der Betrachtung der **Erträge aus Beteiligungen [15]** sowie der **Erträge aus Gewinnabführung [16]** kommt es zum aktuellen Berichtszeitpunkt sowohl im Soll/Ist als auch im Vorjahresvergleich zu erheblichen Abweichungen. Zurückzuführen ist dies unter anderem darauf, dass der Kontenbereich **Erträge aus Gewinnabführung [16]** zur Haushaltsrechnung 2023 neu hinzugekommen ist. Aufgrund der Umstellung während des Vollzugs des Doppelhaushalts 2023/24 wurden Erträge anteilig als **Erträge aus Beteiligungen [15]** und als investive Einzahlungen (siehe **Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen [6]** in der Doppischen Gesamtfinanzrechnung) geplant. Korrigierende Umschichtungen der Sollwerte erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten. Auf die Gewinnabführung des Landesbetriebes Immobilien und Grundvermögen im Epl. 9.1 (68,3 Mio. Euro) wurde aufgrund der Liquiditätssituation des Kernhaushalts auch im Jahr 2024 verzichtet.

Die **Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge [18]** liegen mit einem Realisierungsgrad von 109 % über dem erwarteten Soll. Der Rückgang der Zinserlöse gegenüber dem

Gesamthaushalt

Vorjahr ist auf eine geringere Inanspruchnahme von Liquiditätshilfen zurückzuführen.

Die **Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens [19, 20]** werden grundsätzlich erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten nach Vorlage der jeweiligen Jahresabschlüsse der Finanzanlagen ermittelt. Insbesondere wird erst dann die im fortgeschriebenen Plan veranschlagte Zuschreibung auf die Finanzanlage HGV (Drs. 22/16676) in zutreffender Höhe gebucht.

Die geringen **Zinsen und ähnliche Aufwendungen [21]** sind im Wesentlichen auf das niedrige Zinsniveau der vorangegangenen Jahre sowie die hohen Deckungskredittilgungen der letzten Jahre zurückzuführen.

Bei dem Sollwert der **Auflösung von bilanziellen Ermächtigungsvorträgen aus Vorjahren [28]** handelt es sich um die konsumtiven Ermächtigungsüberträge aus dem Vorjahr.

Bei dem Sollwert der **Auflösung von bilanziellen Ermächtigungsvorbelastungen aus Vorjahren [30]** handelt es sich um konsumtive Ermächtigungsvorgriffe im Epl. 8.1 (20.9 Mio. Euro) und Epl. 7 (6,2 Mio. Euro).

Die **Zuführung zur bzw. Entnahme aus der Konjunkturposition [33, 34]** wird unterjährig auf Grundlage vorläufiger Annahmen auf Basis der aktuellen vorliegenden Steuerschätzung (hier: Herbst-Steuerschätzung 2024, vgl. Drs. 22/16754) zum jeweiligen Quartalsende ermittelt. Eine abschließende Berechnung erfolgt im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten anhand des endgültigen Ist Steueraufkommens für das Jahr 2024.

Bei den **Eigenkapitalerhöhungen aus Korrekturen von Bilanzierungs- und Bewertungsansätzen, die für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 getroffen worden sind [37]** handelt es sich insbesondere um im Zusammenhang mit der Auflösung der Pauschalanlagen für das Straßenvermögen und der Bilanzierung als Einzelanlagen festgestellte erhöhte Vermögenswerte im Einzelplan 7.1 (785,8 Mio. Euro) und Korrekturen bei der Überprüfung von Flurstücken in den Einzelplänen 1.7 und 4 (1,7 Mio. Euro), die im Rahmen von Flächentauschen erfolgten. Die **Eigenkapitalverringerungen aus Korrekturen von Bilanzierungs- und Bewertungsansätzen, die für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 getroffen worden sind [38]**, sind für Flurstücke des Einzelplans 6.2 (70,6 Mio. Euro) angefallen. Die noch ausstehenden Ist Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen.

Gesamtfinanzrechnung

Der **Saldo aus Verwaltungstätigkeit [3]** entwickelt sich zum Ende des vierten Quartals 2024 mit +1.194,7 Mio. Euro positiv und liegt damit über dem erwarteten Soll, erreicht jedoch sehr deutlich nicht das Niveau des Vorjahres. Die **Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit [1]** sind im Vorjahresvergleich leicht gesunken, liegen mit einem Realisierungsgrad von 101 % jedoch auf Höhe des Sollwerts. Im Vergleich zum Vorjahr sind die **Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit [2]** mit einem Plus von 1.558,0 Mio. Euro deutlich gestiegen, insgesamt liegen sie mit 95 % Ausschöpfungsgrad jedoch unter dem Soll.

Die **Einzahlungen für Investitionen [4 bis 7]** haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt und liegen mit einem Realisierungsgrad in Höhe von 88 % unter dem erwarteten Soll.

Der niedrige Realisierungsgrad von 83 % bei den **Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen [4]** ist vor allem auf die Einzelpläne 6.1, 7.1 und 9.2 zurückzuführen. Für den Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere der Bereich regionale und überregionale Verkehrsangelegenheiten des Einzelplan 7.1 ursächlich.

Gesamthaushalt

Die überproportionale Sollrealisierung bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen [5]** spielt sich insbesondere in den bezirklichen Einzelpläne ab. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf die Bereiche Soziales und Jugend und Gesundheit (Epl. 1.6), Jugend und Familie (Epl. 4) zurückzuführen.

Die **Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen [6]** liegen auf Soll-, jedoch deutlich über Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind der Verkauf der SAGA-Anteile an die HGV (Epl. 6.1) sowie die Entnahme aus dem Sondervermögen Altersversorgung (Epl. 9.2).

Die stark unterproportionale Sollausschöpfung der **sonstigen Investitionseinzahlungen [7]** geht insbesondere auf die Einzelpläne der Bezirksamter und den Einzelplan 7.1 zurück. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf den Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit im Einzelplan 1.2 zurückzuführen.

Von den Ermächtigungen für die **Auszahlungen für Investitionen [8 bis 14]** wurden lediglich 52 % in Anspruch genommen, die Auszahlungen liegen jedoch nur leicht unter Vorjahresniveau.

Der geringe Ausschöpfungsgrad bei den **Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen [8]** geht vor allem auf nicht ausgeschöpfte Ermächtigungen des Epl. 4 (330,1 Mio. Euro freie Ermächtigungen, 24 % Ausschöpfungsgrad), Epl. 7.0 (268,2 Mio. Euro, 22 %), Epl. 7.1 (194,1 Mio. Euro, 66 %), Epl. 3.2 (83,6 Mio. Euro, 52 %) und die Bezirksamter (65,5 Mio. Euro, 14 %) zurück. Im Epl. 9.2 stehen noch zentrale Ermächtigungen in Höhe von 122,3 Mio. Euro zur Verfügung. Im Vorjahresvergleich sind die Auszahlungen um 25 % gestiegen. Hauptsächlich sind die gestiegenen Auszahlungen des Bereiches regionale und überregionale Verkehrsangelegenheiten der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1, +96,6 %) ursächlich.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken [9]** liegen vor allem aufgrund nicht ausgeschöpfter Ermächtigungen im Zusammenhang mit Investitionen der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (Epl. 6.2, 19,2 Mio. Euro freie Ermächtigungen, 22 % Ausschöpfungsgrad) und der Bezirksamter (23.1 Mio. Euro, 34,5 %) sowie der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (Epl. 7.1, 10,3 Mio. Euro, 19 %) unter dem erwarteten Soll. Gegenüber dem Vorjahr sind die Auszahlungen deutlich gesunken. Ursächlich hierfür ist der Erwerb des Dienstgebäudes (Epl. 9.1) am Gänsemarkt im Jahr 2023.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen [10]** sind gegenüber dem Vorjahr um 10 % (+27,8 Mio. Euro) gestiegen. Insbesondere ist dies auf den Bereich Verkehr und Mobilitätswende des Einzelplan 7.1 zurückzuführen. Die unterproportionale Sollausschöpfung ist auf nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen der Einzelpläne 7.1, 9.2, 6.2 sowie die Einzelpläne der Bezirksamter zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen [11]** ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser ist überwiegend auf die Bereiche Steuerung und Service sowie Staatliche allgemeinbildende Schulen der Behörde für Schule und Berufsbildung (Epl. 3.1) zurückzuführen. Nicht verbrauchte Ermächtigungen bestehen insbesondere bei den zentralen Auszahlungsermächtigungen im Epl. 9.2 (118,7 Mio. Euro).

Die nicht vollständig ausgeschöpften Ermächtigungen bei den **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen [12]** sind auf nicht verbrauchte zentrale investive Ermächtigungen des Einzelplan 9.2 zurückzuführen. Der sehr starke Rückgang gegenüber dem Vorjahr, geht auf eine hohe in 2023 getätigte Kapitalzuführung des Epl. 9.2 an das Sondervermögen Schnellbahnausbau zurück.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg der **Sonstigen Investitionsauszahlungen [13]** zu verzeichnen. Dieser ist insbesondere auf Auszahlungen im Bereich Straßen und Brücken des Einzelplan 7.1 zurückzuführen. Diese sind auch ursächlich für die überproportionale Sollausschöpfung.

Gesamthaushalt

Der starke Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei den **Einzahlungen aus gegebenen Darlehen [16]** ist auf eine hohe Darlehensrückzahlung des UKE an die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (Epl. 3.2) im Jahr 2023 zurückzuführen. Für die geringe Sollausschöpfung ist insbesondere der Aufgabenbereich Soziales der Sozialbehörde (Epl. 4) ursächlich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein sehr deutlicher Anstieg der **Auszahlungen aus gegebenen Darlehen [17]** zu verzeichnen. Dieser ist weit überwiegend auf das Gesellschafterdarlehen an das Sondervermögen Schulimmobilien im Einzelplan 9.1 (421,0 Mio. Euro) zurückzuführen.

Die **Einzahlungen aus der Aufnahme von Deckungskrediten [19]** sind gegenüber dem Vorjahr um 398 % (1.153,1 Mio. Euro) gestiegen, liegen mit einem Ausschöpfungsgrad von 60 % jedoch deutlich unter dem Soll. Die **Auszahlungen für die Tilgung von Deckungskrediten [20]** sind im Vergleich zum Vorjahr um 639,4 Mio. Euro gesunken, da im Jahr 2024 in diesem Umfang weniger Deckungskredite fällig waren. Zum Ende des Jahres bestehen rund 214 Kreditgeschäfte. Eine fortgeltende Kreditermächtigung gemäß § 28 Abs. 4 LHO war für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1.855,8 Mio. Euro verfügbar.

Die deutlich gesunkenen **Einzahlungen aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen und Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten [21]** und **Auszahlungen aus Gewährung von Liquiditätshilfen und Tilgung von Kassenverstärkungskrediten [22]** sind auf die geringere Inanspruchnahme von Liquiditätshilfen zurückzuführen. Darüber hinaus haben die städtischen Einrichtungen in geringerem Umfang überflüssige Liquidität bei der FHH angelegt.

Bei den **Übrigen Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit [23]** und den **Übrigen Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit [24]** handelt es sich um Zahlungen aus dem Collateral Management, hier werden Barsicherheiten für Derivate gestellt bzw. empfangen, welche von der Zinsentwicklung abhängig sind.

Prognosebericht für den Gesamthaushalt

Das jetzige Jahresergebnis wird sich durch die noch ausstehenden Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten (z.B. Zu- und Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen sowie Forderungs- und Rückstellungsbuchungen bei den Steuern) noch verändern. Auch die noch ausstehende Buchung der endgültigen Entnahme aus der Konjunkturposition wird das bereinigte Jahresergebnis beeinflussen.

Gesamthaushalt

Entwicklung der Hamburger Steuererträge ^{a)}

	Ist bis Q4 2023 Mio. EUR	Ist bis Q4 2024 Mio. EUR	Fortg. Plan 2024 Mio. EUR	Soll 2024 Mio. EUR	Ist zum Soll 2024 in %
1. Lohnsteuer	4.611,8	4.936,0	4.646,0	4.646,0	106
2. Veranlagte Einkommensteuer	1.626,7	1.626,4	1.529,5	1.529,5	106
3. Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2.199,2	855,2	565,0	565,0	151
4. Körperschaftsteuer	434,6	-84,4	-50,0	-50,0	169
5. Abgeltungsteuer	175,4	405,1	389,2	389,2	104
6. Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer (ohne Gemeindeanteil)	2.911,6	3.238,5	3.310,0	3.310,0	98
7. Grunderwerbsteuer	403,0	418,2	440,0	440,0	95
8. Gewerbesteuer	3.372,3	2.993,6	3.217,6	3.217,6	93
9. Grundsteuer	498,1	501,9	506,0	506,0	99
10. Sonstige Landes- und Gemeindesteuern	968,2	874,6	949,0	949,0	92
11. Globale Steuermehr-/mindererträge			-200,0	-200,0	0
12. Gesamtsteuererträge (Σ 1 – 11)	17.201,1	15.764,9	15.302,3	15.302,3	103
13. Länderfinanzausgleich	-731,4	-81,6	-215,0	-215,0	38
14. Allg. Bundesergänzungszuweisungen	0,0	0,0			-/-
15. Hamburg verbleibende Steuererträge (Σ 12 – 14)	16.469,7	15.683,3	15.087,3	15.087,3	104

^{a)} Die Übersicht bildet den Saldo aus Kosten und Erlösen der Produktgruppe 282.01 Steuern und Finanzausgleich nach Steuerarten ab.

Die ursprüngliche Veranschlagung der Hamburger Steuererträge basierte auf der Mai-Steuerschätzung 2022, diese Veranschlagung wurde mit der Drucksache 22/16676 auf Basis der Mai-Steuerschätzung 2024 (Drucksache 22/15348) angepasst.

Die **Hamburg verbleibenden Steuererträge [15]** liegen zum Ende des vierten Quartals 2024 mit einem Realisierungsgrad von 104 % leicht über dem erwarteten Soll. Zu berücksichtigen sind hierbei noch ausstehende Zahlungen zur **Zerlegung der Lohn-, Körperschaft- und Abgeltungsteuer [1, 4, 5]** für das vierte Quartal in Höhe von insgesamt rund 514 Mio. Euro, die im ersten Quartal 2025 erfolgen und das Ergebnis der Steuererträge 2024 noch beeinflussen.

Die **Nicht veranlagten Steuern vom Ertrag [3]** weisen einen Realisierungsgrad von 151 % auf, gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist jedoch ein sehr starker Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Vorjahresbasis aufgrund größerer Einzelfälle stark überzeichnet ist.

Gesamthaushalt

Die negativen **Erträge bei der Körperschaftsteuer [4]** stehen im Zusammenhang mit größeren negativen Einzelfällen.

Das Aufkommen aus der **Abgeltungsteuer [5]** für Zins- und Veräußerungserträge ist aufgrund des kräftig gestiegenen Zinsniveaus und der daraus resultierenden hohen Zinserträge deutlich angestiegen.

Für das Ausgleichsjahr 2024 hat Hamburg gemäß den Zwischenabrechnungen für das erste bis dritte Quartal insgesamt einen Beitrag von 81,6 Mio. Euro im **Länderfinanzausgleich [13]** geleistet. Aus den bisherigen Abrechnungen lassen sich aufgrund der spezifischen Besonderheit des Länderfinanzausgleichs noch keine Rückschlüsse auf ein zu erwartendes Jahresergebnis für das Haushaltsjahr 2024 ziehen.

Gesamthaushalt

Entwicklung der Schulden

	Stand Jahresbeginn Tsd. EUR	Aufnahme ^{a)} Tsd. EUR	Tilgung Tsd. EUR	Stand per 31.12.2024 Tsd. EUR
Kernhaushalt				
Kreditmarktschulden	22.674.153	1.450.000	2.097.549	22.026.604
Öffentlicher Bereich	0	0	0	0
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0	0	0	0
Summe Kernhaushalt	22.674.153	1.450.000	2.097.549	22.026.604
SV Schulimmobilien Hamburg	1.595.343	40.000	42.488	1.592.855
SV Stadt und Hafen	260.000	0	0	260.000
Gesamt	24.529.496	1.490.000	2.140.037	23.879.459

a) Struktur (Kernhaushalt): 0,00 Mio. EUR Schuldscheindarlehen, 1.450,00 Mio. EUR Wertpapieremissionen.

Gewogene Effektivverzinsung für neu aufgenommene Festzinskredite:

	Neuaufnahmen 2023	Neuaufnahmen bis 31.12.2024
1 bis 2 Jahre	Nicht erfolgt	Nicht erfolgt
2 bis 5 Jahre	Nicht erfolgt	Nicht erfolgt
5 bis 10 Jahre	3,02%	2,66%
10 Jahre oder mehr	Nicht erfolgt	Nicht erfolgt

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 2 Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_234_01_001 StA Ermittlungsverfahren in Bekannftsachen Neuzugänge	ANZ	178.494	167.304	155.000	108
B_234_01_002 Darunter StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Neuzugänge	ANZ	25.813	23.893	22.000	109
B_234_01_005 StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Dauer in Monaten	Monate	1,8	1,9	1,3	146
B_235_02_014 LG erstinstanzliche Strafsachen Neuzugänge	ANZ	432	491	450	109
B_235_03_001 AG Zivil Klagen Neuzugänge	ANZ	28.866	31.921	33.000	97
B_235_06_001 SG Klagen Neuzugänge	ANZ	7.308	7.303	9.200	79
B_235_08_005 VG Klagen in Asylsachen Neuzugänge	ANZ	1.820	2.002	1.600	125
B_236_01_010 durchschnittliche Belegung gesamt	ANZ	2.073	2.134	2.000	107

B_234_01_005: Der Anstieg der Bearbeitungsdauer ist im Wesentlichen ein Spiegelbild des Anstiegs der Neueingangszahlen, der auch in 2024 eine erhöhte Arbeitsbelastung in der für Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende zuständigen Hauptabteilung mit sich gebracht hat.

B_235_06_001: Der Rückgang der Neuzugänge beruht auf den geringen Eingängen in Krankenhausabrechnungsstreitigkeiten. Dies ist eine Folge des mit der Änderung des § 109 Absatz 6 SGB V eingeführten Aufrechnungsverbots und einer – auch mit Hilfe des Gerichts hergestellten – verbesserten außergerichtlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Streitparteien. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend verfestigt.

B_235_08_005: Die Zahl der sogenannten Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde und wird zum Abbau von Altbeständen aufgestockt. Hierdurch erhöht sich die Zahl der Entscheidungen mit potentieller Beschwer für die Betroffenen. Dies führt zu mehr Klagen. Überdies ist die Zahl der Asylanträge in Deutschland im Jahr 2023 signifikant gestiegen. Auch dies wirkt sich – mit der üblichen zeitlichen Verzögerung, da regelmäßig zunächst eine Entscheidung des BAMF ergehen muss – auf die Anzahl der Neuzugänge in Asylsachen bei dem Verwaltungsgericht aus.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_241_01_003 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule	ANZ	63.877	64.852	63.156	103
B_241_02_001 Anzahl Schülerinnen und Schüler in den ReBBZ	ANZ	1.918	1.872	1.934	97
B_241_02_002 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Speziellen Sonderschulen	ANZ	2.220	2.262	2.196	103
B_241_03_024 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule der Stadtteilschulen	ANZ	4.236	4.222	4.220	100
B_241_03_001 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I der Stadtteilschulen	ANZ	49.124	50.794	48.674	104
B_241_03_003 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II der Stadtteilschule	ANZ	11.409	11.397	11.106	103
B_241_04_001 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I der Gymnasien	ANZ	44.882	45.326	43.744	104
B_241_04_002 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II der Gymnasien	ANZ	12.313	12.566	12.854	98
B_243_01_001 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in allgemeinen Schulen der Schulen in freier Trägerschaft	ANZ	17.564	17.580	17.825	99
B_243_01_003 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in berufsbildenden Ersatzschulen der Schulen in freier Trägerschaft	ANZ	1.613	1.721	1.604	107
B_243_01_005 Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen der Schulen in freier Trägerschaft	ANZ	593	588	596	99

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler „Ist bis Q4 2024“ wurden im Rahmen der Schuljahreserhebung 2024 ermittelt. Die fortgeschriebenen Planwerte für das Jahr 2024 basieren auf der Prognose vom Frühjahr 2022 auf Basis der Schuljahreserhebung 2021 für das Sj. 2024/2025 (Grundlage der Veranschlagung Haushaltsplan 2023/2024).

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 3.2 Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_247_11_001 Anzahl der Studierenden in Hamburg	ANZ	116.872	121.271	118.000	103
B_247_12_001 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (UHH)	ANZ	9.396	9.524	9.445	101
B_247_12_009 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (TUHH)	ANZ	2.063	2.113	2.513	84
B_247_12_015 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (HCU)	ANZ	736	582	680	86
B_247_13_001 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (HAW)	ANZ	4.166	4.343	4.410	98
B_247_13_007 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (HFBK)	ANZ	209	229	190	121
B_247_13_013 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (HfMT)	ANZ	279	287	268	107
B_247_14_001 Anzahl der großen Forschungs-Verbundvorhaben und koordinierten Programme (regionale und überregionale Förderung)	ANZ	217	280	240	117
B_247_16_001 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Fachsemester (UKE)	ANZ	422	432	422	102
B_247_17_001 Versorgungsquote der Studierenden mit Plätzen für das studentische Wohnen (StW und gemeinnützige Träger)	%	7,9	7,6	8,4	90

Zu B_247_11_001: Abgebildet wird die vorläufige Studierendenzahl gemäß der Schnellmeldung der amtlichen Hochschulstatistik für das Wintersemester 2024/2025.

Zu B_247_12_009: Die Gewinnung von Studierenden ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge bleibt auch im bundesweiten Vergleich schwierig. Die TUHH arbeitet weiterhin an der Attraktivitätssteigerung ihres Lehrangebots und einer erfolgreichen Studierendenwerbung.

Zu B_247_12_015: Die geringere Zahl an Studienanfängerinnen /-anfängern ist nach Auskunft der HCU auf eine rückläufige Bewerberlage - auch in den zulassungsfreien Studienprogrammen - sowie auf das schlechte Annahmeverhalten der zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber zurückzuführen.

Zu B_247_13_007: Die Schnellmeldung zeigt, dass die HFBK das Planziel erreichen und übererfüllen konnte. Grund hierfür ist die im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Anzahl der Studienplatzbewerbungen und Qualifikation der Bewerber/-innen für das Wintersemester 2024/2025 sowie die erstmalige Aufnahme von Studienanfänger/-innen im neuen Aufbaustudiengang Lehramt Sekundarstufe I + II.

Zu B_247_14_001: Die Anzahl der Forschungsverbundvorhaben unterliegt regelmäßigen Schwankungen, da die Programme unterjährig auslaufen und/oder neue Verbundvorhaben hinzukommen. Die Abfrage wurde entsprechend einer notwendig gewordenen Änderung der Daten- bzw. Berechnungsgrundlage (vgl. Kennzahlenbuch) angepasst. Daraus ergeben sich gestiegene Zahlen im Bereich der EU-Projekte (Federführung Hamburg oder Beteiligung. Projektvolumen > 300.000 € (insg.), Laufzeit > 2 Jahre, keine Einzelvorhaben).

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Zu B_247_16_001: vorläufige Studierendenstatistik (Stichtag: 01.12.2024, Stand: 15.01.25)

Zu B_247_17_001: Der Anstieg der Studierendenzahlen auf 71.863 Studierende führt zu einer Absenkung der Versorgungsquote. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnheimplätze ist zudem gegenüber 2023 um 39 Plätze gesunken und liegt in absoluter Zahl im Ist 2024 bei 5.465. Gründe hierfür sind der Leerzug des Wohnheimes Emil-Wolff-Haus zum Zweck der Durchführung von Neubaumaßnahmen und das Auslaufen der von der IFB geförderten Plätze zu verorten. Der mit der Drs. 21/18515 geplante Ausbau der Wohnheimplatzkapazitäten wirkt sich aufgrund der Vorlaufzeiten (Bauplanung, Baugenehmigungsverfahren usw.), der Baupreissteigerungen und des Fachkräftemangels bisher nicht positiv aus. Bis Ende 2026 wird aufgrund der aktuellen baulichen Aktivitäten (u.a. Tide, Die Burse, Sanierung Margaretha-Rothe-Haus) mit insgesamt 523 neuen Wohnheimplätzen gerechnet.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 3.3 Behörde für Kultur und Medien (BKM)

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_251_01_047 Besuche Stiftung Historische Museen Hamburg	ANZ	302.324	286.971	210.000	137
B_251_05_002 Besuche Elbphilharmonie und Laeiszhalle	ANZ	452.577	438.986	450.000	98

B_251_01_047 Besuche Stiftung Historische Museen Hamburg:

Die Besuche waren aufgrund der Corona-Pandemie sehr vorsichtig geplant. Das Ausstellungsprogramm wurde zudem deutlich besser angenommen als erwartet.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 4 Sozialbehörde

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_253_02_011 Durchschnittliche Anzahl Transferleistungsempfangende pro Monat nach dem AsylbLG	ANZ	13.485	13.177	13.000	101
B_253_03_007 Anzahl der Plätze zur öffentlichen Unterbringung zum Berichtsstichtag	ANZ	34.093	45.975	44.902	102
B_253_04_021 Durchschnittliche monatliche Anzahl von Leistungen der sozialen Teilhabe gesamt in und außerhalb Hamburgs	ANZ	24.344	25.415	23.690	107
B_253_04_030 durchschnittliche monatliche Anzahl von Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben (WfbM, andere Leistungsanbieter, Budget für Arbeit, Budget für Ausbildung) in und außerhalb Hamburgs	ANZ	3.854	3.878	4.500	86
B_254_04_021 HzE Ergebnisse Ambulante und Stationäre Hilfen	Tsd. EUR	361.810	426.124	389.171	109
B_254_06_001 Krippen-Betreuungsquote (insgesamt)	%	46,3	44,2	48,1	92
B_259_02_001 Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse in akademischen und nicht-akademischen Gesundheitsberufen	ANZ	742	867	475	183
B_259_02_014 Erstkontakte in Beratungszentren für Seniorinnen und Senioren, Hilfe- und Pflegebedürftige/ Pflegestützpunkten	ANZ	10.723	12.270	11.300	109

B_253_04_030 Durchschnittliche monatliche Anzahl von Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben (WfbM, andere Leistungsanbieter, Budget für Arbeit, Budget für Ausbildung) in und außerhalb Hamburgs

Die gegenüber der Planung abweichende durchschnittliche monatliche Anzahl von Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben resultiert aus einer geringeren Anzahl von Teilnehmenden im vorgeschalteten Berufsbildungsbereich.

B_254_04_021 HzE Ergebnisse Ambulante und Stationäre Hilfen

Das ggü. dem „Fortg. Plan 2024“ höhere „Ist bis Q4 2024“ ist maßgeblich auf höhere Fallzahlen bei den einzelfallfinanzierten Hilfen zur Erziehung zurückzuführen (insbes. bei den ambulanten Hilfen ohne Zuwanderung).

B_259_02_001 Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse in akademischen und nicht-akademischen Gesundheitsberufen

Mit den Imagekampagnen des Bundes und der FHH zugunsten der Berufe im medizinischen Bereich konnte eine Erhöhung der Attraktivität des Hamburger Gesundheitswesens für ausländische Fachkräfte erreicht werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Integration der ausländischen Fachkräfte in den ersten Arbeitsmarkt geleistet.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_286_11_004 Genehmigte Wohneinheiten	Stck.	5.404	6.710	10.000	67
B_287_11_001 Geförderte Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung	ANZ	2.380	3.092	3.000	103
B_287_12_001 Anzahl der Fördergebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung (RISE)	Stck.	32	31	32	97
B_289_11_001 Anzahl der bearbeiteten Konzepte, Planungen und Wettbewerbe	Stck.	43	35	35	100
B_289_11_003 Anzahl der bearbeiteten Flächennutzungsplanänderungen	Stck.	46	45	45	100
B_289_11_004 Anzahl der bearbeiteten Senatsbebauungspläne	Stck.	35	35	36	97

B_286_11_004: Bei dieser Kennzahl liegt der Erfüllungsgrad bei 67%. Die schwierigen Rahmenbedingungen in der Bauwirtschaft halten an und schlagen sich weiterhin negativ in den Genehmigungszahlen nieder. Die Zielzahl von 10.000 genehmigten Wohneinheiten für das Jahr 2024 konnte nicht erreicht werden. Positiv herauszuheben ist eine deutliche Steigerung der Ist-Jahreszahl um 24 Prozentpunkte bezogen auf das Vorjahresergebnis.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_292_11_002 Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen	ha	3.248	3.257	3.260	100
B_295_11_005 Minderung des jährlichen CO2-Ausstoßes durch den Maßnahmenmix des Hamburger Klimaplan im Vergleich zum Emissionswert von 2017	t	0	0	200.000	0

B_292_11_002 - Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen: Der Zuwachs an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen ist vorrangig auf den Prozess der Qualitätssicherung der Feinkartierungsdaten im Rahmen des Erhaltungsmanagements Grün seitens der Bezirksämter und der BUKEA zurückzuführen. In diesem Zuge wurden viele kleinere Flächenabweichungen im Digitalen Grünplan nachvollzogen und korrigiert. Daneben konnte der Planwert im Jahr 2024 auch auf Grund der Fertigstellung neuer Grün- und Erholungsanlagen u. a. auf dem Deckel A7, Abschnitt Stellingen nahezu erreicht werden.

B_295_11_005 - Minderung des jährlichen CO2-Ausstoßes durch Maßnahmen des Hamburger Klimaplan im Vergleich zum Emissionswert von 2017: Mit der 2. Fortschreibung des Hamburger Klimaplan wurde dessen Methodik weiterentwickelt sowie die aus der ersten Fortschreibung stammenden CO2-Reduktionsziele überholt. Somit spiegelt diese Haushaltskennzahl die aktuelle Zielsetzung nicht mehr wider; eine entsprechende Berichterstattung ist nicht mehr möglich.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 7.0 Behörde für Wirtschaft und Innovation

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_270_05_014 Durchschnittliche Verfügbarkeit der Bundeswasserstraße „Untereibe“	Ø Note	1,6	2,1	1,8	117
B_270_06_006 Volumen der generierten privaten FuE Mittel	Tsd. EUR	27.456	47.315	10.638	445
B_271_06_008 Im Bezugsjahr unter Mitwirkung der Hamburg Invest vergebene städtische Industrie- und Gewerbeflächen	ha netto	16,3	4,4	9,0	49

B_270_05_014 Durchschnittliche Verfügbarkeit der Bundeswasserstraße „Untereibe“

Die Zufahrten zum Hamburger Hafen genießen in der Unterhaltung höchste Priorität, da sämtliche Terminals betroffen sind. Durch bedarfsgerechte Unterhaltungsmaßnahmen konnten die Einschränkungen für die Schifffahrt auf geringem Niveau gehalten werden. Weiterhin führen die durch die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes noch immer reduzierten zulässigen Höchsttiefgänge dazu, dass auch im Bereich der Delegationsstrecke die neuen nach Fahrinnenanpassung planfestgestellten Ausbautiefen nicht genutzt werden können. Die Einschränkungen im Bereich der Untereibe konnten von der Großschifffahrt umfahren werden und hatten kaum Auswirkungen auf den Schiffsverkehr. Dennoch führen lokale Mindertiefen ohne verkehrliche Auswirkungen zu einer rechnerischen Verschlechterung der Kennzahl.

B_270_06_006 Volumen der generierten privaten FuE Mittel

Der Kennzahlenwert liegt oberhalb des vorgesehenen Planwertes. Dies ergibt sich insbesondere durch die bisher gute Entwicklung im Innovationsstarter Fonds Hamburg, wo hohe private Mittel von Koinvestoren generiert werden konnten.

B_271_06_008 Im Bezugsjahr unter Mitwirkung der Hamburg Invest vergebene städtische Industrie- und Gewerbeflächen

Der genaue Zeitpunkt des Abschlusses der Vermarktung der Flächen ist abhängig von unterschiedlichen Faktoren, insbesondere auf Kundenseite. Durch die veränderten Rahmenbedingungen auf dem Immobilienmarkt bedürfen hier die kundenseitigen Prüfprozesse zurzeit oftmals eines längeren Zeitraums, was unerwartet zu Verschiebungen der Flächenvergabe führen kann. Hinzu kommt aktuell, dass aufgrund der konjunkturellen Eintrübung insgesamt eine Zurückhaltung bei der Umsetzung von gewerblichen Projekten wahrzunehmen ist, worauf die HIW keinen Einfluss hat. Der Service der HIW hinsichtlich An- und Umsiedlungsprojekten von Unternehmen in Hamburg wird weiterhin stark genutzt.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 7.1 Behörde für Verkehr und Mobilitätswende

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_301_02_008 Neubau / Erneuerung von Radverkehrsanlagen	km	57	65	70	93
B_301_02_012 Anteil der Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0	%	17	17	18	94
B_301_02_016 Anteil der Brücken mit der Zustandsnote 3,0 bis 4,0 (Brückenfläche, Land)	%	16	16	8	200

B_301_02_008 Neubau / Erneuerung von Radverkehrsanlagen

Keine Abweichungserläuterung notwendig (Abw. -7%)

B_301_02_012 Anteil der Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0

Keine Abweichungserläuterung notwendig (Abw. -6%)

B_301_02_016 Anteil der Brücken mit der Zustandsnote 3,0 bis 4,0 (Brückenfläche, Land)

Die Zustandsnote als Kennzahl für den Haushalt unterliegt aufgrund des vorgegebenen Berechnungsalgorithmus Schwankungen. Statistisch abgesichert sind Angaben im Dreijahres Rhythmus, da in diesem Zeitraum alle Bauwerke einer normierten Zustandsprüfung (nach DIN 1076) unterzogen werden. Abfragen innerhalb dieses Zeitrahmens geben nur Veränderungen der anteiligen Bauwerke wieder, die bis dahin im Zustand neu bewertet wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Kennzahlen der Brücken stets Schwankungen in Bezug auf kurze Betrachtungszeiträume unterliegen werden. Der große Anteil in dieser Brückenkategorie folgt aus einzelnen Bauwerken mit großen Flächenanteilen, die in ihren Zustandsnoten abgerutscht sind. Diese sind bereits in Bauprogrammen aufgenommen, wodurch sich nach Durchführung entsprechender Erhaltungsmaßnahmen die Zustandsnote bei den nächsten Bauwerksprüfungen wieder stabilisieren wird.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 8.1 Behörde für Inneres und Sport

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_274_03_004 Betreute Personen	ANZ	49.474	52.157	15.000	348
B_274_04_006 Verfahrensabschlüsse	ANZ	8.605	11.317	7.500	151
B_274_05_002 Angezeigte Verkehrsordnungswidrigkeiten	ANZ	1.399.592	1.467.402	2.368.000	62
B_275_11_005 Polizeiliche Präsenzstunden	Std.	1.822.680	1.676.988	1.800.000	93
B_275_11_007 Funkstreifeneinsätze	ANZ	526.231	523.256	500.000	105
B_277_11_121 Notrufe über 112 durchschnittliche Anruferentgegennahmezeit (in Sek.)	ANZ	14,8	11,8	10,4	113
B_277_11_250 Erfüllungsquote Eintreffzeit und der taktischen Mindeststärke beim sog. kritischen Brand innerhalb von <= 8 Min. (mind. 10 Funktionen)	%	64	64	85	75
B_277_11_340 Erfüllungsquote Eintreffzeit im öffentlichen Rettungsdienst an der Einsatzstelle innerhalb von <=8 Min.	%	57	55	75	73

B_274_03_004 Betreute Personen

Die Abweichung der Kennzahl hängt maßgeblich mit dem Zustrom ukrainischer Flüchtlinge sowie dem sich generell auf einem hohen Niveau bewegendem Migrationsgeschehen zusammen, dass durch das Amt für Migration nicht steuerbar ist.

B_274_04_006 Verfahrensabschlüsse

Das erhöhte Ist der Kennzahl ist auf das auch gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegene Volumen an Neuanträgen zurückzuführen, welches sich auch auf das zum 27. Juni 2024 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts zurückführen lässt, da dadurch ein größerer Personenkreis die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllt und die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit möglich ist.

B_274_05_002 Angezeigte Verkehrsordnungswidrigkeiten

Aufgrund der Auswirkungen des neuen Bußgeldkataloges weichen die Ist-Werte von den festgelegten Planzahlen ab. Darüber hinaus wirkt sich auch die noch nicht wieder auf das Vor-Corona-Niveau angestiegene Verkehrsstärke mindern auf die angezeigten Verkehrsordnungswidrigkeiten aus. Insgesamt sind die Fallzahlen bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten auch im Zusammenhang mit dem Ziel einer steigenden Verkehrssicherheit zu bewerten.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass der hier genannte Kennzahlen-Istwert auf dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Erhebung und Berichterstattung beruht, insofern vorläufigen Charakter hat und sich aufgrund der Erhebungsmethodik ggf. noch retrograd verändern kann.

B_275_11_005 Polizeiliche Präsenzstunden und B_275_11_007 Funkstreifeneinsätze

Es wird darauf hingewiesen, dass die Kennzahlen-Istwerte der Kennzahlen B_275_11_005 und B_275_11_007 auf dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Erhebung und

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Berichterstattung beruht, insofern vorläufigen Charakter hat und sich aufgrund der Erhebungsmethodik ggf. noch retrograd verändern kann.

B 277 11 121 Notrufe über 112 durchschnittliche Anrufentgegennahmezeit (in Sek.)

Zur Reduzierung der durchschnittlichen Anrufentgegennahmezeit wurden personelle Verstärkungen vorgenommen und Anpassungen im Dienstplan durchgeführt, wodurch u. a. eine schnelle Nachbesetzung von zusätzlichen Einsatzleitplätzen bei steigendem Anrufaufkommen ermöglicht wurde. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr für die Bewältigung von Extremwetterlagen, Interactive Voice Response (IVR) in Dienst genommen, um zeitnah lebensbedrohliche Notrufe bedienen zu können. Dadurch konnte die durchschnittliche Anrufentgegennahmezeit im Vergleich zum 4. Quartal 2023 (14,8 Sek.) reduziert werden. Für eine weitere und nachhaltige Verbesserung der Entwicklung der durchschnittlichen Anrufentgegennahmezeit ist strukturell und langfristig eine entsprechende Fortführung, Optimierung und ggf. Ergänzung der getroffenen Maßnahmen vorgesehen.

B 277 11 250 Erfüllungsquote Eintreffzeit und der taktischen Mindeststärke beim sog. „kritischen Brand“ innerhalb von \leq 8 Min (mind. 10 Funktionen)

Das Ist bis Q4 2024 dieser Kennzahl hat sich im Vergleich zum Ist bis Q4 2023 nicht verändert und liegt weiterhin unterhalb des Planwertes. Dies liegt u. a. an einer Unterschreitung der Mindeststärke, in der Parallelität zweier oder mehrerer sich überschneidender Einsätze innerhalb eines Reviers (Duplizität) sowie an vermehrten Einsätzen an Einsatzorten, die aufgrund ihrer geografischen Randlage deutlich schwieriger innerhalb der Hilfsfristen zu erreichen sind.

Die Feuerwehr Hamburg prüft weiterhin Maßnahmen, wie die Installation einer Real Time Navigation für die Einsatzfahrzeuge, um die Fahrwege zu optimieren. Außerdem werden Maßnahmen zur Revieranpassung und Indienstnahme neuer Wachen vorbereitet.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die hier genannten Kennzahlen-Istwerte auf dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Erhebung und Berichterstattung beruhen, insofern vorläufigen Charakter haben und sich aufgrund der Erhebungsmethodik ggf. noch retrograd verändern können.

B 277 11 340 Erfüllungsquote Eintreffzeit im öffentlichen Rettungsdienst an der Einsatzstelle innerhalb von \leq 8 Min.

Die Erfüllungsquote Eintreffzeit im öffentlichen Rettungsdienst ist durch die Fahrzeit zum Einsatzort definiert. Einer der wesentlichen Gründe für die Nichterreichung der Hilfsfrist ist, dass die vorgeplanten Rettungsmittel, die für den Einsatz in dem Revier vorgesehen sind, nicht zur Verfügung stehen. Dies ist der Fall, wenn die Fahrzeuge des Revieres durch einen anderen Einsatz gebunden sind und es in dieser Zeit zu einer Einsatzduplizität kommt. Die Häufigkeit solcher Fälle wird durch die Einsatzhäufigkeit und die Einsatzdauer beeinflusst. Die Einsatzdauer setzt sich zusammen aus den Alarmierungs-, Ausrücke-, Fahr- und Versorgungszeiten. Dazu kommen etwaige Nachbereitungs- und Reinigungszeiten nach besonders belastenden bzw. aufwändigen Einsätzen. Ist dieser Fall eingetreten, muss ein Fahrzeug aus einem Nachbarrevier den Einsatz übernehmen. Dadurch verlängert sich die Fahrstrecke zum Einsatzort und somit die Fahrzeit. Zudem verringert sich die tatsächliche Vorhaltung im Nachbarrevier.

Eine nachhaltig positive Entwicklung der Erfüllungsquote Eintreffzeit im öffentlichen Rettungsdienst ist im Wesentlichen durch eine Verringerung der notwendigen Strecke zum Einsatzort zu erreichen. Dieses Ziel wird durch die sukzessive Umsetzung des Baus von geplanten neuen Rettungswachen verfolgt. Einen noch nicht ablesbaren Beitrag hierfür wird auch die im Sommer 2024 in Dienst gegangene Rettungswache Neugraben-Fischbek leisten.

Neben der grundsätzlich steigenden Alarmierungszahl führt die Feuerwehr im Rahmen des Sicherstellungsauftrages zusätzlich Krankentransporte durch, wodurch die für die Notfallrettung eingeplanten Ressourcen gebunden werden und für einen Notfalleinsatz nicht zur Verfügung stehen.

Auf Grundlage des Hamburgischen Rettungsdienstgesetzes, zuletzt geändert am 13. Dezember 2023, wird die Feuerwehr einen neuen Ressourcentyp im Segment der Notallrettung implementieren. Mit dem Notfall-Transportwagen (NTW) sollen Krankentransporte und einfache, nicht lebensbedrohliche Notfälle bedient werden. Es ist davon auszugehen, dass die Implementierung der NTW-Ressource zu einer Entlastung im Bereich der zeitkritischen Notfälle führen wird. Damit stehen die Rettungswagen für den originären Einsatzbereich (dringliche Notfälle) vermehrt zur Verfügung. Gleichzeitig kann Hilfeersuchen fach- und bedarfsgerecht begegnet werden. Die Indienstellung der

Politisch besonders relevante Kennzahlen

ersten NTW ist für das 4. Quartal 2025 geplant.

Des Weiteren strebt die Feuerwehr eine engere Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung an. Dabei kommt der Identifikation von niederschwelligem Hilfeersuchen im Rahmen der standardisierten Abfrage von Notrufen in der Rettungsleitstelle eine Schlüsselrolle zu, um diese in das Versorgungssystem der Kassenärztlichen Vereinigung umzusteuern.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die hier genannten Kennzahlen-Istwerte auf dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Erhebung und Berichterstattung beruhen, insofern vorläufigen Charakter haben und sich aufgrund der Erhebungsmethodik ggf. noch retrograd verändern können.

Politisch besonders relevante Kennzahlen

Kennzahlen des Einzelplans 9.1 Finanzbehörde

	Einheit	Ist bis Q4 2023	Ist bis Q4 2024	Fortg. Plan 2024	Ist zum Fortg. Plan 2024 in %
B_280_01_010 vermarktete Wohnungsbauflächen	WE	246	364	2.000	18
B_280_01_011 davon: Anteil im Erbbaurecht vergeben	%	52	16	55	29
B_280_03_005 Durchschnittliche Gebäudeklasse	Note	2,43	2,38	2,39	100
B_281_02_004 Bundesauftragsverwaltung - Ertragsteuern: durchschnittliche Durchlaufzeit bis Bescheiddatum bei Arbeitnehmerfällen	Wochen	6,6	5,9	5,6	105
B_281_02_015 Außenprüfung - Betriebsprüfung: Anzahl der durchgeführten Prüfungen insgesamt	Stck.	5.569	5.194	6.000	87

Zu B_280_01_010 „vermarktete Wohnungsbauflächen“:

Der weiterhin geringe Ist-Wert begründet sich nach wie vor durch die stark gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten, die insgesamt zu einer starken Zurückhaltung am Immobilienmarkt, insbesondere im Bereich des Wohnungsneubaus, führen. Daher sind im Jahr 2024 nur wenige Beurkundungen erfolgt. Positiv anzumerken ist, dass dabei der Anteil des öffentlich-geförderten Wohnungsbaus bei rd. 78 % liegt.

Zu B_280_01_011 „davon: Anteil im Erbbaurecht vergeben“:

Im Berichtszeitraum wurden entgegen der ursprünglichen Planung überwiegend Grundstücke vergeben, deren Ausschreibungen bereits vor Beschluss der Drs. 21/18514 „Sozialgerechte Bodenpolitik für Hamburg“ veröffentlicht wurden (§ 64 Abs. 6 Nr. 16 lit. a) LHO).

Zu B_281_02_015 „Außenprüfung – Betriebsprüfung: Anzahl der durchgeführten Prüfungen insgesamt“:

Im Jahr 2024 begannen die Vorbereitungen für den Strategiewechsel in der Außenprüfung mit dem Fokus auf die Prüfung von Großbetrieben und risikoreichen Betrieben mit erfahrungsgemäß längeren Prüfungsdauern. Demzufolge wurde der geplante Kennzahlenwert ab dem Haushaltsjahr 2025 verringert. Die aufgrund hoher Arbeitsbelastung gestörte Mitwirkungsfähigkeit und -bereitschaft von Unternehmen und Steuerberatern belastet das Prüfungsgeschäft weiterhin.